



baustelleninfo
AMT FÜR BAU UND INFRASTRUKTUR
TÜRSTADION LIECHTENSTEIN

Landstr. Triesenberg-Malbun
Tunnel Gnalp - Steg



Seit Montag, 8. April 2019 sind die abschliessenden Sanierungsarbeiten beim Tunnel Gnalp-Steg im Gange. Dabei handelt es sich um den Einbau der Sicherheitsausrüstung und der Beleuchtung. Es war vorgesehen, die Arbeiten bis am 3. Mai 2019 abzuschliessen. Aufgrund der Schneefälle der letzten Tage konnte der Verkehr während mehrerer Nächte nicht über den alten Tunnel geführt werden. Dies hat dazu geführt, dass während dieser Zeit im Tunnel nicht gearbeitet werden durfte und deshalb die Arbeiten nicht fristgerecht abgeschlossen werden konnten. Daher bleibt die Nachtsperre noch bis Freitag, den 10. Mai 2019 bestehen.

Für Ihr Verständnis bedanken wir uns im Voraus.

AMT FÜR BAU UND
INFRASTRUKTUR
www.abi.llv.li

ROLF SCHUBIGER



Parteienbühne

Gesetzesinitiative zur Prämienverbilligung für Familien und Senioren des Mittelstandes eingereicht

Es kommt seit der Einführung des neuen Krankenversicherungsgesetzes (KVG) im 2017 mit höheren Krankenkassenprämien und massiv höheren Franchise- und Selbstbehalts-Belastungen klar zum Vorschein, dass für viele Familien und Senioren des (unteren) Mittelstandes diese hohen Gesundheitskosten ein echtes Problem darstellen. Es besteht dringender Handlungsbedarf; diesen Menschen in Liechtenstein muss nun endlich eine finanzielle Hilfestellung in der Bewältigung ihrer grossen Krankenkassen-Belastungen geboten werden. Die Interpellationsbeantwortungen der Regierung zur «finanziellen Situation der AHV-Rentner in Liech-

enstein» verdeutlicht, dass zahlreiche Menschen im Senioren- und Rentenalter enorme Probleme mit den erhöhten Krankenkassenkosten haben. Im Juni 2018 hat die VU eine Interpellation zur «Prämienverbilligung» eingereicht, doch wartet sie immer noch auf die Beantwortung durch die Regierung. Der Erbprinz hat zum Staatsfeiertag im August 2018 in einem Zeitungsinterview gesagt: «Ausserdem hat der starke Anstieg der Krankenkassenprämien in den letzten Jahren vor allem für die unteren Einkommen zu zusätzlichen Belastungen geführt. Deshalb kann ich es schon nachvollziehen, dass sich vermehrt Menschen in Liechtenstein abgehängt fühlen.»

Für mich kommt es somit nicht mehr in Frage, noch mehr Zeit verstreichen zu lassen und diese Menschen ihrem Schicksal zu überlassen. Mit dieser vorliegenden Gesetzesinitiative setze ich mich für eine gezielt höhere Prämienverbilligung und Selbstbehalt-Entlastung für Familien und Senioren des (unteren) Mittelstandes in Liechtenstein ein.

Warum stehen viele Familien und Senioren vor diesen Krankenkassenkosten-Problemen? Aufgrund der Sanierung des Staatshaushaltes wurde der Staatsbeitrag an die Kosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) massiv gekürzt, was durch einen starken Anstieg der Prä-

mien – zu Lasten der Versicherten – kompensiert werden musste. Durch eine Revision des KVG wurde zudem die gesetzliche Kostenbeteiligung des Versicherten massiv erhöht – zulasten der Patienten. In einer früheren KVG-Revision war zudem der Freibetrag von 70 Prozent auf AHV/IV-Renten gestrichen worden – zulasten vieler Rentner, die dadurch ihren Anspruch auf Prämienverbilligung verloren.

Durch die Initiative hat ein grösserer Personenkreis Zugang zu einer Prämienverbilligung. Die von mir initiierte Gesetzesinitiative bezweckt eine gezielte finanzielle Entlastung in der Krankenversicherung für die unteren Einkommen, insbesondere auch

für den Mittelstand, für Familien und Senioren: Es sollen einerseits durch Erhöhung der Einkommensgrenzen mehr Personen als bisher von einer Prämienverbilligung profitieren können, und andererseits sollen die Subventionen durch höhere Reduktionssätze höher ausfallen als bisher.

Die dadurch anfallenden zusätzlichen Ausgaben sind angesichts der 2,7 Milliarden Franken in der Staatskasse vertretbar und könnten, wie ich bereits vorgeschlagen habe, durch Zweckbindung der Einnahmen aus den Spielcasinos finanziert werden.

Eine Stellungnahme von
Johannes Kaiser,
Landtagsabgeordneter, parteifrei

Parteienbühne

Tunnelsanierung in der Kritik

Xaver Jehle fordert in seiner **Petition, der Landtag möge die «dilettantische Tunnelsanierung» stoppen**, zumal, nach seinem Ermessen, die Brandsicherheit mit einem Asphaltbelag gegenüber Beton um 100 Prozent verschlechtert wird. Die bisherige 56 Jahre alte Betonfahrbahn ist im Zuge der Sanierung durch Asphalt ersetzt worden. Soweit die Aufzeichnungen zurückreichen, sei kein Unfall mit Personenschaden im Tunnel passiert, so die Regierung. In Betrachtung dieser beiden Fakten wäre also eine Fahrbahn aus Beton bezüglich der Langlebigkeit und Unfallgefahr durchaus berechtigt. Die schlimmsten Tra-

gödien in einem Tunnel sind Brände. Sehr schnelle und starke Rauchentwicklung kombiniert mit giftigen Gasen fordern oft Todesopfer. Bei Brandkatastrophen in Tunnels entstehen Höchsttemperaturen von mehr als 1000 °C. Im Zeitraum von 2006–2012 kam es laut Statistik der Betreibergesellschaft Asfinag zu 68 Fahrzeugbränden in Österreichs Autobahn- und Schnellstrassentunneln. Beim Montblanc-Tunnel-Brand mit 39 Toten im März 1999 erzeugte der in Brand geratene Asphaltbelag einen zusätzlichen Heizwert in einer Höhe, welcher der Verbrennung von 85 Pkws entspricht. Ein unbrennbarer Stras-

senbelag in einem Verkehrstunnel trägt im Brandfall zur Sicherheit bei. In der Schweiz sind für Tunnel jedoch keine Betonfahrbahnen zwingend. Die sicherheitstechnische Tunnelbeurteilung für den Tunnel Gnalp-Steg hat ein spezialisiertes Schweizer Ingenieurbüro erstellt. Beschränkungen für Asphaltbeläge in Tunneln existieren in Österreich, Ungarn, Spanien, Tschechien, der Slowakei und Slowenien. Der Weltstrassenverband (PIARC) spricht sich aufgrund der Gesamtbeurteilung (Oberflächenbrüchigkeit, Lichtspiegelung und akustische Eigenschaften) für die Verwendung von dichten Asphaltbelägen aus. Die Regie-

rung und das Amt für Bau und Infrastruktur haben im Dezember 2015 eine Fahrbahnsanierung mittels Asphaltbelag beschlossen. Die Risikoanalyse dazu ist dem Landtag nicht zugänglich. Eine Anfrage an die Regierung blieb unbeantwortet. So aus dem Stegreif und ohne spezifische Fachkenntnisse wäre ich persönlich bei Beton geblieben, nachdem die Betonfahrbahn im Tunnel Steg sich 56 Jahre bewährt hat. Jetzt aber, wo der Asphaltbelag schon eingebaut ist, wäre es auch übertrieben, diesen wieder herauszureissen. Andererseits, das Asphaltbindemittel erzeugt unter Hitzeeinwirkung giftigen Rauch. Sollten mit

dieser zusätzlichen Brandlast, das ist eine berechtigte Frage, zum parallel laufenden Werkstollen Verbindungsgänge als Fluchtweg für die Selbstrettung gebohrt werden? Kostenpunkt gemäss Ingenieurbüro ca. 1,5 Mio. für ein Sache, die über Generationen erhöhte Sicherheit bietet. Bei einem Brand im Tunnel gibt es nur eines: möglichst schnell raus aus der giftigen Rauchwolke. Was soll jetzt ein Abgeordneter am nächsten Mittwoch zu dieser Diskrepanz unter Fachleuten und ohne Kenntnisse der Gefahrenanalysen sagen?

Eine Stellungnahme von Herbert Elkuch,
Abgeordneter Neue Fraktion (Dpl)

Parteienbühne

Ökologisierung der Landwirtschaft – 19 Massnahmen ohne Zeitplan

Der Landtag hat das Postulat der Freien Liste zur Förderung und Stärkung einer ökologischeren Landwirtschaft im vergangenen November an die Regierung überwiesen. Mit diesem erfolgreichen Postulat hat die Regierung den klaren Auftrag vom Landtag erhalten, erforderliche Massnahmen zu treffen, um die Ökologisierung der Landwirtschaft weiter zu fördern und zu stärken mit dem Ziel, eine 100 Prozent Biolandwirtschaft in Liechtenstein zu erreichen. Auch der VBO (Vereinigung bäuerlicher Organisationen in Liechtenstein) hat die Weiterentwicklung der Land-

wirtschaft in diese Richtung begrüsst. Die Regierung ist dem Wunsch des Landtags nachgekommen und schlägt nun 19 Massnahmen vor, wie unsere Landwirtschaft noch ökologischer werden kann. Mit Landwirtschaft verbinden viele nur den Anbau von Gemüse und Getreide oder die Milchviehhaltung. Landwirtschaft ist aber noch viel mehr. Landwirte leisten einen wertvollen Dienst am Gemeinwohl, indem sie unsere Kulturlandschaften pflegen und erhalten. Leider gibt es eine Schattenseite bei einer produktionsorientierten Landwirtschaft, wie wir sie heute zum

grossen Teil kennen. Mit dem Einsatz von chemischen und synthetischen Spritzmitteln, dem Ausbringen von Kunstdünger und bei zu vielen Tieren auf einer bewirtschafteten Fläche wird unsere Umwelt stark belastet. Diese intensive Landwirtschaft führte zu Verlusten bei der Artenvielfalt und der Bodenfruchtbarkeit und zu einer Belastung unseres Wassers. Es ist erwiesen und die Postulatsbeantwortung zeigt dies eindrücklich auf, dass ein Landwirtschaftsbetrieb, welcher nach den strengen Bio-Suisse-Richtlinien arbeitet, eine geringere Belastung auf das Ökosys-

tem ausübt als ein konventionell geführter Landwirtschaftsbetrieb. Liechtenstein ist schon heute Bioweltmeister mit einem Biobetriebsanteil von mehr als 38 Prozent. Doch 38 Prozent bedeutet, dass immer noch 62 Prozent der Betriebe mit einem ökologischen Leistungsnachweis (ÖLN) produzieren. Diese ÖLN ist besser als eine konventionelle Landwirtschaft in Sachen Ökologie, aber auch schlechter als ein nach IP-Suisse geführter Betrieb. Der Freien Liste ist es ein Anliegen, dass unsere Bauern die nötigen Rahmenbedingungen erhalten, um in Liechtenstein eine ökologi-

sche Landwirtschaft betreiben zu können, die unsere Landschaft für die kommenden Generationen intakt bewahrt und die Artenvielfalt fördert. Die Regierung schlägt nun wie erwähnt 19 Massnahmen zur Förderung und Stärkung einer ökologischeren Landwirtschaft vor. Leider hat sie es unterlassen, einen Zeithorizont anzugeben, bis wann welche Massnahmen umgesetzt werden, um dem Wunsch der Bevölkerung nach mehr Bio in Liechtenstein nachzukommen.

Eine Stellungnahme der
Landtagsfraktion der Freien Liste

Forum

Im Alltag sicher Radfahren

Das Fahrrad ist ein flinkes und gesundes Verkehrsmittel. Damit es auch sicher ist, führt der VCL jährlich die Kurse «Sicher im Sattel» in mehreren Gemeinden durch; seit 15 Jahren. Dieses Jahr findet am 18. Mai noch ein Kurs in Ruggell (auch für Gamprin und Schellenberg) und am 25. Mai in Schaan statt. Schon durchgeführt wurden die Kurse 2019 in Vaduz und Eschen. Der erste Kurs in Liechtenstein fand am

19. Juni 2004 in Schaan statt. «Vaterland» und «Volksblatt» haben am 23.6.2004 ausführlich darüber berichtet. Mit diesem Kurs für schulpflichtige Kinder soll erreicht werden, dass die Kinder sicher Rad fahren und die Eltern auch im Strassenverkehr gute Vorbilder sind sowie die Kinder nicht überfordern. Der Fahrrad-Sicherheitskurs des VCL stellt eine wertvolle Ergänzung zum Unterricht der Verkehrsinstruktoren in den Schu-

len dar. Er ist ein aktiver Beitrag für einen sicheren und selbstständigen Schulweg der Kinder. Zudem hilft er den Eltern, das Fahrrad wieder als Verkehrsmittel zu entdecken.

Zum VCL-Velofahrkurs werden jeweils die Primarschülerinnen und Primarschüler der entsprechenden Gemeinde und ihre Eltern eingeladen. Die Veranstaltung in Zusammenarbeit mit den Elternräten bzw. Elternvereinigungen, den Verkehrsinstrukto-

ren der Landespolizei und der Gemeindepolizei wird finanziell unterstützt von der Kommission für Unfallverhütung.

In der ersten Stunde üben die Kinder die Fahrtechnik, und die Erwachsenen werden mit den Grundregeln von sicherem Radfahren auf der Strasse bekannt gemacht. Nach der von der Elternvereinigung offerierten Stärkung folgt die von ausgebildeten Instruktor geleitete Quartierrundfahrt in Gruppen.

Im realen Verkehr wird sicheres Radfahren geübt mit den Schwerpunkten links abbiegen und Kreiseln fahren.

Eine der zahlreichen positiven Rückmeldungen: «Der Kurs hat meiner Tochter und mir sehr gut gefallen. Wir beide haben viel gelernt. Auch die Rückmeldungen der anderen Eltern waren äusserst positiv.»

Eine Stellungnahme des
Verkehrs-Clubs Liechtenstein